

## Erläuterungen von Rechtsanwalt Dr. Kurt Breit zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Die Bestimmungen gelten für alle Kaufverträge gleichermaßen, ohne Einschränkung auch für im Fernabsatz oder online abgeschlossene Kaufverträge. Bestimmungen für Kaufverträge im Wege eines sogenannten „Haustürgeschäfts“ habe ich nicht aufgenommen, da ich davon ausgehe, dass diese Art des Geschäftsabschlusses für VRÖ-Mitglieder nicht in Frage kommt.

Grundsätzlich gelten die Bestimmungen von AGB, wie alle Vertragsbestimmungen, nur dann, wenn sie aufgrund einer **Vereinbarung** zwischen den Parteien zustande gekommen sind. Die Vereinbarung der Geltung der AGB kann gemäß § 863 ABGB ausdrücklich oder stillschweigend/konkludent erfolgen. Eine stillschweigende Zustimmung des Kunden darf nur dann angenommen werden, wenn diesem deutlich erkennbar ist, dass das Mitglied den Vertrag nur zu seinen AGB abschließen will. Weiters muss der Kunde die Möglichkeit haben, sich vom Inhalt der AGB Kenntnis zu verschaffen. Es ist daher wichtig, dass dem Kunden **nachweislich noch vor Vertragsabschluss** der Inhalt der AGB zur Kenntnis gebracht wird. Wenn die AGB erst auf einem Lieferschein oder gar erst auf der Rechnung aufgedruckt sind oder mit den genannten Urkunden übergeben oder übersendet werden, so ist dies jedenfalls zu spät und sind derartigen Geschäften dann die AGB **nicht** zugrunde gelegt. Die AGB müssen dem Kunden daher entweder vor Vertragsabschluss oder **spätestens gleichzeitig** mit Übermittlung oder Vorlage des Angebotes zur Kenntnis gebracht werden. Dabei genügt es in der Regel nicht, dass auf einem Anbot auf die AGB verwiesen wird, sondern müssen die AGB entweder mit einer gesonderten Urkunde gleichzeitig mit dem Angebot übergeben werden oder die AGB sind spätestens auf dem Angebot abgedruckt, wobei sich auf der ersten Seite des Angebotes ein deutlich erkennbarer Hinweis „auf die umseitig abgedruckten AGB“ finden muss und im Angebot auch ausdrücklich festgehalten sein muss, dass ausschließlich auf der Grundlage der eigenen AGB angeboten wird.

Bei Verträgen im Rahmen des elektronischen Geschäfts- und Rechtsverkehrs (Online-Verträge) ist der Kunde ebenfalls auf die Geltung der AGB hinzuweisen. Der Kunde muss vor bzw. bei Abgabe der Vertragserklärung erkennen können, dass der Unternehmer nur zu seinen AGB den Vertrag abschließen will. Es empfiehlt sich daher, auf der Homepage **deutlich** auf die Geltung der AGB hinzuweisen.

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch darauf hinweisen, dass ein Kunde der einen Vertrag im Geschäftslokal abschließt, auch dort die Möglichkeit haben muss, vom Inhalt der AGB Kenntnis zu erlangen. Ist der Unternehmer ein Gewerbetreibender (wie die meisten Mitglieder des VRÖ) so besteht gemäß § 73 der GewO ohnedies die Verpflichtung, die **AGB im Geschäftslokal auszuhängen**. Diese AGB müssen für die Kunden **gut sichtbar** im Geschäftslokal ausgehängt werden, wobei für den Kunden zusätzlich noch erkennbar sein muss (etwa durch einen entsprechenden Vermerk auf dem schriftlichen Auftrag), dass der Auftrag nur unter Zugrundelegung der AGB vom Unternehmer abgeschlossen wird.

Bei Fernabsatzverträgen (dies sind sämtliche Vertragsabschlüsse zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher, die ausschließlich mittels eines Fernkommunikationsmittels – insbesondere Briefe, Kataloge, Telefonanrufe, Telefaxe, E-Mails, Rundfunk – Tele- und Mediendienste) muss der Unternehmer neben der wirksamen Einbeziehung der AGB dafür sorgen, dass der Verbraucher **vor Abgabe seiner Vertragserklärung** über die Informationen gemäß § 5c Abs 1 KSchG verfügt. Hierbei handelt es sich um folgende Informationen:

- o Name (Firma) und ladungsfähige Anschrift des Unternehmers
- o die wesentlichen Eigenschaften der Ware oder Dienstleistung
- o den Preis der Ware oder Dienstleistung einschließlich aller Steuern
- o allfällige Lieferkosten
- o die Einzelheiten der Zahlung und der Lieferung oder Erfüllung
- o das Bestehen eines Rücktrittsrechts
- o die Kosten für den Einsatz des Fernkommunikationsmittels, sofern sie nicht nach dem Grundtarif berechnet werden
- o die Gültigkeitsdauer des Angebots oder des Preises
- o sowie die Mindestlaufzeit des Vertrages, wenn dieser eine dauernde oder wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat.

Ich habe die Muster-AGB so formuliert, dass die allgemeinen Informationen, welche oben aufgelistet sind, in den AGB bereits enthalten sind. Die restlichen, spezifischen Informationen wie Preis der Ware oder Dienstleistung, Lieferkosten, Einzelheiten der Zahlung und der Lieferung etc. sind in der Regel ohnedies im Anbot enthalten.

Ein Online-Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr im Sinne des E-Commerce-Gesetzes (ECG) umfasst sämtliche Vertragsabschlüsse, bei denen ein Dienst in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz auf individuellen Abruf des Kunden bereitgestellt wird, gleichgültig ob es sich bei dem Kunden um einen Unternehmer oder einen Verbraucher handelt. Bei Geschäften mit Verbrauchern gelten jedenfalls auch die Regelungen für Fernabsatzgeschäfte im KSchG.

Für Online-Verträge gelten hinsichtlich der Einbeziehung von AGB die allgemeinen Bestimmungen. Die AGB müssen somit lediglich **abrufbar oder anforderbar** sein und der Kunde muss erkennen können, dass der Unternehmer lediglich unter Zugrundelegung seiner AGB Verträge abschließt. Weiters trifft den Unternehmer die Pflicht, die im § 9 ECG genannten Informationen dem Kunden rechtzeitig vor Abgabe der Vertragserklärung des Kunden klar und verständlich mitzuteilen, dies sind:

- o die einzelnen technischen Schritte, die zu einer Vertragserklärung und zum Vertragsabschluss führen;
- o den Umstand, ob der Vertragstext nach Vertragsabschluss vom Anbieter gespeichert wird, sowie gegebenenfalls den Zugang zu einem solchen Vertragstext;
- o die technischen Mittel zur Erkennung und Berichtigung von Eingabefehlern vor Abgabe der Vertragserklärung sowie
- o die Sprachen, in welchen der Vertrag abgeschlossen werden kann;
- o die freiwilligen Verhaltenskodizes, denen sich der Anbieter unterwirft und den elektronischen Zugang zu diesen Kodizes.

Der Hinweis auf die AGB muss daher **auffällig**, etwa in die Bestellmaske integriert oder dem Bestell-Icon unmittelbar vorangestellt werden, sodass auszuschließen ist, dass der Kunde die Bestellung auslöst und damit seine Willenserklärung zum Vertragsabschluss abgibt, ohne den Hinweis auf die AGB zur Kenntnis genommen zu haben.

Im Falle von Online-Verträgen mit Verbrauchern gelten die oben bereits angeführten Bestimmungen für Fernabsatzverträge und die dort genannten Informationspflichten. Im Falle einer Online-Lieferung an einen Verbraucher, reicht außerdem die Möglichkeit des Downloads der AGB **nicht** aus, sondern ist der Unternehmer verpflichtet, die AGB in Schriftform oder auf einen für den Verbraucher dauerhaften Datenträger zu **übermitteln**. Hiefür ist zumindest die Übersendung der maßgeblichen AGB-Textdatei mittels E-Mail notwendig und ausreichend.

Legt der Vertragspartner seiner Bestellung seine AGB zugrunde und liegen somit „sich kreuzende oder widerstreitende“ AGB vor, sind die sich widersprechenden Bestimmungen nicht anzuwenden und gilt in diesem Fall die im Gesetz vorgesehene Regelung. Dies gilt auch bei der beiderseitigen Verwendung von Abwehrklauseln, wonach entgegenstehende oder widerstreitende AGB ausdrücklich abgewehrt werden. Auch in diesem Fall gilt im Zweifel die im Gesetz vorgesehene Regelung.

Die zwingend im Konsumentenschutzgesetz vorgesehenen Rücktrittsrechte, insbesondere bei Fernabsatzverträgen, habe ich in die AGB aufgenommen. Im Übrigen habe ich all jene Haftungen ausgeschlossen, welche nach der österreichischen Rechtslage zulässigerweise ausgeschlossen werden können.

Der Vollständigkeit halber ist noch anzumerken, dass bei Fernabsatz- bzw. Online-Verträgen auch eine sogenannte „Datenschutzinformation“ dem Kunden zur Verfügung gestellt werden muss, aus welcher er detailliert entnehmen kann, welche Daten wofür vom Unternehmen verwendet werden und der Hinweis enthalten ist, dass der Kunde jederzeit die Berichtigung, Löschung und Sperrung der gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen kann oder es muss vom Kunden eine datenschutzrechtliche Einwilligung unterschrieben oder in nachvollziehbarer Weise online zur Kenntnis genommen werden.

# Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Reifenfachhandel

## § 1 Allgemeines – Geltungsbereich

1. Die folgenden allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen zwischen uns und dem Kunden. Maßgeblich ist jeweils die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültige Fassung.
2. Verbraucher sind Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes (KschG) und somit natürliche oder juristische Personen, die keine Unternehmer sind. Unternehmer sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, für welche der gegenständliche Vertrag zum Betrieb ihres Unternehmens gehört. Ein Unternehmen ist jede auf Dauer angelegte Organisation selbstständiger wirtschaftlicher Tätigkeit, möge sie auch nicht auf Gewinn gerichtet sein. Kunden sind sowohl Verbraucher als auch Unternehmer.
3. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende allgemeine Geschäftsbedingungen werden, selbst bei Kenntnis, nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

## § 2 Vertragsabschluss

1. Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Technische sowie sonstige Änderungen bleiben im Rahmen des Zumutbaren vorbehalten.
2. Mit der Bestellung erklärt der Kunde verbindlich sein Vertragsangebot. Bei einer auf elektronischem Wege bestellten Ware werden wir den Zugang der Bestellung des Kunden unverzüglich bestätigen. Die Zugangsbestätigung stellt noch keine verbindliche Annahme der Bestellung dar. Die Zugangsbestätigung stellt nur dann eine Annahmeerklärung dar, wenn wir dies ausdrücklich erklären.
3. Wir sind berechtigt, das in der Bestellung liegende Vertragsangebot innerhalb von 2 Wochen anzunehmen. Bei auf elektronischem Wege bestellter Ware sind wir berechtigt, die Bestellung innerhalb von 3 Werktagen nach Eingang bei uns anzunehmen. Wir sind berechtigt, die Annahme der Bestellung – etwa nach Prüfung der Bonität des Kunden – abzulehnen. Wir sind berechtigt, die Bestellung auf eine haushaltsübliche Menge zu begrenzen.

4. Der Vertragsabschluss mit Unternehmern erfolgt unter dem Vorbehalt, im Falle nicht richtiger oder nicht ordnungsgemäßer Selbstbelieferung, nicht oder nur teilweise zu leisten.

Im Falle der Nichtverfügbarkeit oder der nur teilweisen Verfügbarkeit der Leistung wird der Unternehmer unverzüglich informiert. Die Gegenleistung wird unverzüglich zurückerstattet.

5. Sofern der Verbraucher die Ware auf elektronischem Wege bestellt, wird der Vertragstext von uns gespeichert und dem Kunden nebst den rechtswirksam einbezogenen AGB per E-Mail nach Vertragsschluss zugesandt.

### **§ 3 Eigentumsvorbehalt**

1. Wir behalten uns das Eigentum an der von uns gelieferten Ware bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vor.
2. Der Kunde ist verpflichtet, die Ware während des Bestehens des Eigentumsvorbehaltes pfleglich zu behandeln. Der Kunde hat uns unverzüglich schriftlich von allen Zugriffen Dritter auf die Ware zu unterrichten, insbesondere von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, sowie von etwaigen Beschädigungen oder der Vernichtung der Ware. Einen Besitzwechsel der Ware sowie den eigenen Anschriftenwechsel hat uns der Kunde unverzüglich anzuzeigen. Der Kunde hat uns alle Schäden und Kosten zu ersetzen, die durch einen Verstoß gegen diese Verpflichtungen und durch erforderliche Interventionsmaßnahmen gegen Zugriffe Dritter auf die Ware entstehen.
3. Wir sind berechtigt, bei vertragswidrigem Verhalten des Kunden, insbesondere bei Zahlungsverzug vom Vertrag zurückzutreten und die Ware herauszuverlangen. Daneben sind wir berechtigt, bei Verletzung einer Pflicht nach Ziffer 2. vom Vertrag zurückzutreten und die Ware herauszuverlangen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist.
4. Ist der Kunde Unternehmer, ist er berechtigt, die Ware im ordentlichen Geschäftsgang weiterzuveräußern. Er tritt uns bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Rechnungsbetrages ab, die ihm durch die Weiterveräußerung gegen einen Dritten erwachsen und verpflichtet sich, einen entsprechenden Vermerk in seinen Büchern oder auch seinen Fakturen anzubringen. Wir nehmen die Abtretung an. Nach der Abtretung ist der Kunde zur Einziehung der Forderung ermächtigt. Wir behalten uns vor, die Forderung selbst einzuziehen, sobald der Unternehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt und in Zahlungsverzug gerät. Zur Sicherungsübereignung oder Verpfändung der Ware ist der Kunde nicht berechtigt.

Erfüllt der Kunde die vereinbarten Zahlungsbedingungen trotz Mahnung nicht, sind wir berechtigt, die von uns gelieferte Ware montiert oder unmontiert jederzeit wieder in Besitz zu nehmen. Unser Kunde räumt uns ausdrücklich das Recht ein, unsere Vorbehaltsware an jedem Ort zu übernehmen. Wir sind auch zur Demontage berechtigt. Der jeweilige Besitzer der Ware ist vom Kunden unwiderruflich ermächtigt, die Ware an uns herauszugeben.

5. Die Be- und Verarbeitung der Ware durch den Unternehmer erfolgt stets im Namen und im Auftrag für uns. Erfolgt eine Verarbeitung der Ware, so erwerben wir an der neuen Sache das Miteigentum im Verhältnis zum Wert der von uns gelieferten Ware. Dasselbe gilt, wenn die Ware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet oder vermischt wird.

#### **§ 4 Rücktrittsrecht**

##### **1. Fernabsatzvertrag:**

- 1.1. Ist der Kunde Verbraucher, so hat er gemäß § 5e KschG das Recht von Verträgen binnen 7 Werktagen, gerechnet ab dem Eingang der Warenlieferung beim Verbraucher oder ab dem Tag des Vertragsabschlusses bei Dienstleistungsverträgen, zurückzutreten. Samstage zählen nicht als Werktag. Der Rücktritt muss keine Begründung enthalten und ist in Textform zu erklären; zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.
- 1.2. Der Kunde als Verbraucher ist bei Ausübung des Rücktrittsrechts zur Rücksendung verpflichtet, wenn die Ware durch Paket versandt werden kann. Die Kosten der Rücksendung trägt bei Ausübung des Rücktrittsrechts der Verbraucher.

##### **2. Online-Shopping-Vertrag:**

- 2.1. Der Kunde als Verbraucher hat gemäß § 5e KschG das Recht, binnen 7 Werktagen, gerechnet ab dem Eingang der Warenlieferung beim Verbraucher oder ab dem Tag des Vertragsabschlusses bei Dienstleistungsverträgen, zurückzutreten. Samstage zählen nicht als Werktag. Der Rücktritt muss keine Begründung enthalten und ist in Textform zu erklären; zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.
- 2.2. Der Verbraucher ist bei Ausübung des Rücktrittsrechts zur Rücksendung verpflichtet, wenn die Ware durch Paket versandt werden kann. Die Kosten der Rücksendung trägt bei Ausübung des Rücktrittsrechts der Kunde.

#### **§ 5 Vergütung, Zahlung**

1. Die angebotenen Preise sind Tagespreise und gelten bis auf Widerruf. Preisangaben sind freibleibend. Im Preis ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.  
Beim Versandkauf versteht sich der Preis zuzüglich Versandkosten, sofern nichts anderes angegeben ist zuzüglich einer Versandkostenpauschale in der Höhe von € ..... (in Worten .....).  
Dem Kunden entstehen bei Bestellung durch Nutzung der Fernkommunikationsmittel keine zusätzlichen Kosten.  
Der Kunde kann den Preis bar, per Nachnahme, per Überweisung oder Kreditkarte leisten. Wir behalten uns das Recht vor, einzelne Zahlungsarten auszuschließen.

2. Der Kunde verpflichtet sich nach Erhalt der Leistung, den Kaufpreis innerhalb von 7 Tagen zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist kommt der Kunde in Zahlungsverzug.  
Ist der Kunde Verbraucher, wird die Geldschuld in der Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz verzinst.  
Ist der Kunde Unternehmer, wird die Geldschuld während des Verzugs in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz verzinst. Gegenüber dem Kunden als Unternehmer behalten wir uns vor, einen höheren Verzugszinsschaden nachzuweisen und geltend zu machen.  
Der Kunde verpflichtet sich, alle mit der Eintreibung der Forderung verbundenen Kosten und Aufwände wie insbesondere Inkassospesen oder sonstige für eine zweckentsprechende Rechtsverfolgung notwendige Kosten zu tragen.
3. Der Kunde als Unternehmer hat ein Recht zur Aufrechnung nur dann bei uns, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt wurden oder durch uns anerkannt wurden.  
Ist der Kunde Verbraucher, so hat er ein Recht zur Aufrechnung nur für den Fall unserer Zahlungsunfähigkeit oder für Gegenforderungen, die im rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Verbrauchers stehen, die gerichtlich festgestellt oder durch uns anerkannt worden sind.  
Ist der Kunde Unternehmer, so ist er nicht zur Zurückbehaltung von Zahlungen berechtigt.
4. Wir sind nicht verpflichtet, Schecks oder Wechsel entgegenzunehmen. Nehmen wir sie herein, erfolgt dies ausdrücklich nur erfüllungshalber.

#### **§ 6 Gefahrenübergang**

1. Beim Kunden geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware mit der Übergabe, beim Versendungskauf mit der Übergabe der Ware an den Spediteur, den Frachtführer oder den sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Dritten auf den Kunden über.
2. Der Übergabe steht es gleich, wenn der Kunde mit der Annahme in Verzug ist.

#### **§ 7 Gewährleistung**

1. Der Kunde hat grundsätzlich die Wahl, ob die Verbesserung oder ein Austausch erfolgen soll. Wir sind berechtigt, die gewählte Abhilfe zu verweigern, wenn sie unmöglich ist oder für uns, verglichen mit der anderen Abhilfe, mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden ist.  
Bei Unternehmern leisten wir für Mängel der Ware zunächst nach unserer Wahl Gewähr durch Verbesserung oder Austausch.
2. Ist eine Verbesserung nicht möglich oder tunlich, kann der Kunde grundsätzlich nach seiner Wahl Preisminderung oder, sofern es sich nicht nur um einen geringfügigen Mangel handelt, Wandlung des Vertrages verlangen.

3. Unternehmer müssen die gelieferte Ware innerhalb einer angemessenen Frist auf Mängel untersuchen und uns diese innerhalb einer Frist von 1 Woche ab Empfang der Ware schriftlich anzeigen; andernfalls ist die Geltendmachung des Gewährleistungsanspruchs ausgeschlossen.

Verdeckte Mängel sind uns innerhalb einer Frist von 1 Woche ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen.

Zur Fristwahrung genügt die nachweislich rechtzeitige Absendung.

Den Unternehmer trifft die volle Beweislast für sämtliche Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere für den Mangel selbst, für den Zeitpunkt der Feststellung des Mangels und für die Rechtzeitigkeit der Mängelrüge.

4. Die Gewährleistungsfrist für Verbraucher beträgt 2 Jahre ab Ablieferung der Ware. Die Gewährleistungsfrist für Unternehmer beträgt 1 Jahr ab Ablieferung der Ware. Bei gebrauchten Sachen und bei runderneuerten Reifen beträgt die Gewährleistungsfrist 1 Jahr ab Ablieferung der Ware.
5. Wir geben gegenüber unseren Kunden keine Garantien im Rechtssinne ab. Herstellergarantien bleiben hiervon unberührt.
6. Ein Reifen, für welchen ein Gewährleistungsmangel geltend gemacht wird, muss uns zusammen mit einem ausgefüllten Reklamationsformular übersandt werden, um uns die Überprüfung der Beanstandung des Kunden zu ermöglichen. Bei Ablehnung des vom Kunden geltend gemachten Gewährleistungsanspruches werden wir den beanstandeten Reifen auf unsere Kosten an den Kunden zurücksenden, wenn er dies innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Ablehnung verlangt.
7. Gewährleistungsansprüche uns gegenüber sind ausgeschlossen, wenn Mängel ursächlich darauf zurückzuführen sind, dass
  - 7.1 die von uns gelieferte Ware von Dritten repariert oder in sonstiger Weise bearbeitet wurde,
  - 7.2 die Fabriknummer, das Fabrikationszeichen oder sonst auf der Ware dauerhaft angebrachte Zeichen nicht mehr vorhanden oder verändert, insbesondere unkenntlich gemacht worden sind,
  - 7.3 bei Reifen der vorgeschriebene Luftdruck nachweislich nicht eingehalten wurde,
  - 7.4 Reifen einer vorschriftswidrigen Beanspruchung ausgesetzt waren, insbesondere durch Überschreiten der für die Reifengröße und Reifenart zulässigen Belastung und der zugeordneten Fahrgeschwindigkeit,
  - 7.5 Reifen nach Montage durch unrichtige Radstellung schadhaft wurden oder durch andere Störungen im Radlauf (z. B. dynamische Unwucht) in ihrer Leistung beeinträchtigt wurden,
  - 7.6 Reifen auf einer ihnen nicht zugeordneten, nicht lehrenhaltigen, rostigen oder sonst mangelhaften Felge montiert werden,
  - 7.7 Reifen durch äußere Einwirkung oder mechanische Verletzung schadhaft geworden oder Erhitzung ausgesetzt worden sind,

- 7.8 bei einem Radwechsel die Radmuttern oder Schrauben nicht nach 50 km Fahrtstrecke nachgezogen wurden, vorausgesetzt wir haben unseren Kunden bei Lieferung auf diese Notwendigkeit hingewiesen,
- 7.9 Reifen vor der Montage von Kunden oder von ihnen beauftragten Dritten im Freien gelagert wurden,
- 7.10 natürlicher Verschleiß oder Beschädigungen des Reifens vorliegen, die auf unsachgemäße Behandlung oder Unfall zurückzuführen sind,
- 7.11 Reifen bei Tube-Type-Ausführungen mit gebrauchten Schläuchen/Wulstbändern, bei Tubeless-Ausführungen ohne Ventilauswechslung (Pkw-Reifen) oder neuen Dichtungsring (Lkw/Schulterreifen) durch den Kunden oder Dritte montiert wurden.

### **§ 8 Haftungsbeschränkungen und -freistellung**

1. Außerhalb des Anwendungsbereiches des Produkthaftungsgesetzes beschränkt sich unsere Haftung auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.  
Die Haftung für leichte Fahrlässigkeit, der Ersatz von Folgeschäden und Vermögensschäden, nicht erzielten Ersparnissen, Zinsverlusten und von Schäden aus Ansprüchen Dritter gegen den Kunden sind ausgeschlossen.
2. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten nicht bei uns zurechenbaren Körper- und Gesundheitsschäden oder bei Verlust des Lebens des Kunden.  
Gegenüber Verbrauchern gelten die vorstehenden Haftungsbeschränkungen weiters nicht bei Schäden an uns zur Bearbeitung übergebenen Sachen.
3. Haftungsansprüche uns gegenüber sind auch dann ausgeschlossen, wenn Schäden ursächlich auf jene Umstände zurückzuführen sind, welche im § 7, 7. dieser AGB angeführt sind.
4. Wir haften nur für eigene Inhalte auf unserer Website unseres Online-Shops. Soweit wir mit Links den Zugang zu anderen Websites ermöglichen, sind wir für die dort enthaltenen fremden Inhalte nicht verantwortlich. Wir machen uns die Fremdinhalte nicht zueigen. Sofern wir Kenntnis von rechtswidrigen Inhalten auf externen Websites erhalten, werden wir den Zugang zu diesen Seiten unverzüglich sperren.

### **§ 9 Datenschutz**

1. Mit unserer „Datenschutzinformation“ unterrichten wir unseren Kunden über Art, Umfang, Dauer und Zweck der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der für die Ausführung von Bestellungen sowie Abrechnungen erforderlichen personenbezogenen Daten; sein Widerspruchsrecht zur Erstellung und Verwendung seines anonymisierten Nutzungsprofils für Zwecke der Werbung, der Marktforschung und zur bedarfsgerechten Gestaltung unseres Angebotes;  
die Weitergabe von Daten an von uns Beauftragte und zur Beachtung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen verpflichtete Unternehmen zum Zwecke und für die Dauer der Bonitätsprüfung sowie der Versendung der Ware;

das Recht auf unentgeltliche Auskunft seiner bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten;

das Recht auf Berichtigung, Löschung und Sperrung seiner bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten.

2. Jede über Z 1 hinausgehende Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Daten bedarf der Einwilligung des Kunden. Der Kunde hat die Möglichkeit, diese Einwilligung vor Erklärung seiner Bestellung zu erteilen. Dem Kunden steht das Recht auf jederzeitigen Widerruf der Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu.

### **§ 10 Schlussbestimmungen**

1. Es gilt ausschließlich das Recht der Republik Österreich unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur insoweit, als nicht der gewährte Schutz durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Staates, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, entzogen wird.

2. Als Gerichtsstand für alle sich mittelbar oder unmittelbar aus dem Vertrag ergebenden Streitigkeiten wird das für unseren Sitz örtlich und sachlich zuständige österreichische Gericht vereinbart.

Wenn der Kunde ein Verbraucher ist, gilt dieser Gerichtsstand nur dann als vereinbart, wenn der Kunde in diesem Gerichtssprengel seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Ort der Beschäftigung hat oder wenn der Kunde im Ausland wohnt.

3. Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages mit dem Kunden einschließlich dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die ganz oder teilweise unwirksame Regelung wird durch eine Regelung ersetzt, deren wirtschaftlicher Erfolg dem der unwirksamen möglichst nahe kommt.

Bitte als Fax an  
026 24/556 154



## Bestellung für Aushangtafeln AGB

Wir bestellen

..... Stk. Aushangtafeln Allgemeine Geschäftsbedingungen

Kunststoff, Format 40 cm (Breite) x 60 cm (Höhe)

zum Preis von € 32,00 je Stück

.....  
Firma (Lieferadresse)

.....  
Datum

.....  
Unterschrift